

## Große Anfrage

**der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Rita Griebhaber, Amke Dietert-Scheuer, Waltraud Schoppe, Ludger Volmer, Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Gila Altmann (Aurich), Angelika Beer, Franziska Eichstädt-Bohlig, Andrea Fischer (Berlin), Gerald Häfner, Antje Hermenau, Ulrike Höfken, Monika Knoche, Dr. Angelika Köster-Loßack, Steffi Lemke, Dr. Helmut Lippelt, Kerstin Müller (Köln), Egbert Nitsch (Rendsburg), Dr. Jürgen Rochlitz, Irmingard Schewe-Gerigk, Wolfgang Schmitt (Langenfeld), Marina Steindor, Christian Sterzing, Manfred Such und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Menschenrechtsverletzungen an Schwulen und Lesben und die Menschenrechtspolitik der Bundesregierung in den auswärtigen Beziehungen**

In zahlreichen Ländern werden die Menschenrechte von Lesben und Schwulen mit Füßen getreten. Amnesty international berichtet über die aktuelle Situation:

„In vielen Staaten dieser Welt werden Schwule, Lesben, Transvestiten und Transsexuelle wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt, diskriminiert, mißhandelt oder gefoltert; sie werden in unfairen Gerichtsverfahren verurteilt und inhaftiert; manche ‚verschwinden‘ und andere werden ermordet. Homosexuelle werden vielerorts in Polizeigewahrsam genommen, beschimpft, gedemütigt oder vergewaltigt. Befinden sie sich in Haft, wird ihnen der Besuch ihrer Lebensgefährten verwehrt. Mitunter werden sie ‚medizinischer Behandlung‘ unterworfen, um sie von ‚ihrer Krankheit zu heilen‘. Sie sind ständig der Willkür von Polizei, Justiz und Strafvollzugsbeamten ausgesetzt.

In einigen Ländern erlaubt die Gesetzgebung ganz legal die Verfolgung von gleichgeschlechtlicher Liebe zwischen Erwachsenen. Verboten sind homosexuelle Handlungen in den US-Bundesstaaten Arkansas, Kansas, Missouri, Montana und Tennessee. In Äthiopien, Syrien und Algerien drohen drei Jahre Gefängnis, in Sambia 14 Jahre Haft. In Gesetzestexten auf der ganzen Welt wird die Liebe zwischen zwei Menschen gleichen Geschlechts gebrandmarkt als ‚Beeinträchtigung der sozialen Ordnung‘ (China), als ‚Handlungen gegen das Naturgesetz‘ (Kenia, Indien, Pakistan). In Kuba spricht das Gesetz von einem ‚öffentlichen Skandal‘. Im Iran, in Saudi-Arabien und in Kuwait kann sogar die Todesstrafe verhängt werden.“ (ai-JOURNAL 7/1997, S. 18f.)

Menschenrechte sind unteilbar. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat wiederholt hervorgehoben, daß eine Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstößt. Auch innerhalb der Vereinten Nationen spielt die Frage der Menschenrechte von Schwulen und Lesben eine immer größere Rolle.

In der Außenpolitik der Bundesregierung wie in ihrer Menschenrechtspolitik findet die Menschenrechtssituation von Lesben und Schwulen dagegen immer noch zuwenig Beachtung. In den bisher von der Bundesregierung vorgelegten Berichten über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen finden sich keinerlei Aussagen über die Situation von Lesben oder Schwulen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Gegenüber welchen Regierungen ist die Bundesregierung in den letzten drei Jahren vorstellig geworden, um sich für die Verbesserung der Menschenrechte von Schwulen und Lesben im jeweiligen Land einzusetzen?
2. Was hat die Bundesregierung unternommen, um die menschenrechtlichen Schutzstandards für Lesben und Schwule auf VN-Ebene wie auf europäischer Ebene zu verbessern?
3. In welchen internationalen Organisationen, auf welchen internationalen Konferenzen und auf welche Weise hat sich die Bundesrepublik Deutschland im multilateralen Bereich für die Menschenrechte von Schwulen und Lesben jeweils konkret engagiert?
4. Hat die Bundesregierung, seit sie in der VN-Menschenrechtskommission den Vorsitz in der westlichen Gruppe („Western Human Rights Group“) übernommen hat, dort Initiativen zur Menschenrechtssituation von Lesben und Schwulen ergriffen, bzw. beabsichtigt sie, solche Initiativen zu ergreifen?
  - a) Wenn ja, um welche Initiativen handelt es sich im einzelnen?
  - b) Wenn nein, warum nicht?
5. Warum treffen die bisherigen vier Berichte der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen keinerlei Aussagen über die Menschenrechtssituation von Schwulen oder Lesben?
6. In welchen Ländern werden nach Kenntnis der Bundesregierung einvernehmliche gleichgeschlechtliche Handlungen zwischen erwachsenen Personen strafrechtlich verfolgt, und welche Schritte hat die Bundesregierung auf bilateraler oder multilateraler Ebene unternommen, um in den jeweiligen Ländern auf eine Änderung dieser menschenrechtswidrigen Rechtslage hinzuwirken?

7. In welchen dieser Länder sind nach Kenntnis der Bundesregierung gleichgeschlechtliche Handlungen mit Körperstrafen oder der Todesstrafe bedroht, und welche Schritte hat die Bundesregierung deshalb – z. B. im Rahmen ihres allgemeinen Engagements zur Abschaffung der Todesstrafe – hinsichtlich der jeweiligen Länder unternommen?
8. In welchen Ländern gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung strafrechtliche Sonderbestimmungen (z. B. unterschiedliche Schutzaltersgrenzen), die für sexuelle Handlungen zwischen Personen gleichen Geschlechts andere Regelungen vorsehen als für heterosexuelle Handlungen, und welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um in den jeweiligen Ländern auf eine Änderung solcher diskriminierender Vorschriften hinzuwirken?
9. In welchen Ländern wird nach Kenntnis der Bundesregierung mit Vorschriften zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sitte und Ordnung insbesondere gegen Homosexualität bzw. Lesben oder Schwule vorgegangen, und welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um in den jeweiligen Ländern auf eine Änderung dieser Vorschriften und Praktiken hinzuwirken?
10. In welchen Ländern kommt es nach Kenntnis der Bundesregierung durch den Polizei- oder Militärapparat bzw. paramilitärische Gruppen („Todesschwadronen“) zu Morden an Schwulen und Lesben oder zum sogenannten „Verschwindenlassen“ von Menschen aus diesen Personenkreisen, und welche Schritte hat die Bundesregierung gezielt zum Bereich der Schwulen und Lesben unternommen, um in den jeweiligen Ländern auf ein Ende dieser Vorfälle hinzuwirken?
11. In welchen Ländern bestehen nach Kenntnis der Bundesregierung unmenschliche Haftbedingungen für Lesben oder Schwule, und in welchen Ländern kommt es zu Mißhandlungen und Folterungen durch Angehörige von Staatsorganen, und welche Schritte hat die Bundesregierung gezielt zum Bereich der Schwulen und Lesben unternommen, um in den jeweiligen Ländern auf die Beendigung dieser Praktiken hinzuwirken?
12. In welchen Ländern kommt es nach Kenntnis der Bundesregierung zu gewaltsamen Übergriffen durch Teile der Bevölkerung auf Lesben oder Schwule, ohne daß die staatlichen Behörden diesen ausreichend Schutz gewähren, und welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um in den jeweiligen Ländern auf eine Verbesserung der Situation von Schwulen und Lesben hinzuwirken?
13. In welchen Ländern werden Lesben und Schwulen nach Kenntnis der Bundesregierung die Grundrechte auf Koalitions- und Versammlungsfreiheit oder Meinungsfreiheit (z. B. durch Verbot von Schwulen- oder Lesbenpublikationen und -medien) staatlich verwehrt, und welche Schritte hat die

Bundesregierung unternommen, um sich für die Gewährleistung dieser Grundrechte auch für Lesben und Schwule einzusetzen?

14. In welchen Ländern sind nach Kenntnis der Bundesregierung auch Transsexuelle und Transvestiten von den in den Fragen 9 bis 13 genannten Verfolgungsmaßnahmen und Menschenrechtsverletzungen betroffen, und welche Schritte hat die Bundesregierung hinsichtlich der jeweiligen Länder auf bilateraler oder multilateraler Ebene zur Verbesserung der Menschenrechtssituation von Transsexuellen und Transvestiten unternommen?
15. Wie beurteilen nach Kenntnis der Bundesregierung Organisationen wie Amnesty International, die International Lesbian and Gay Association (ILGA), das International Lesbian and Gay Human Rights Committee (San Francisco, USA) oder Human Rights Watch die internationale Menschenrechtssituation von Schwulen und Lesben?
16. Teilt die Bundesregierung die Beurteilungen dieser Organisationen zur Menschenrechtssituation von Lesben und Schwulen?
17. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die genannten Organisationen in ihrer Arbeit für die Menschenrechte von Schwulen und Lesben zu unterstützen?
  - a) Welche Unterstützungsmaßnahmen hat die Bundesregierung bereits verwirklicht?
  - b) Welche Maßnahmen zur Unterstützung der genannten Organisationen beabsichtigt die Bundesregierung noch zu ergreifen?
18. Wird die Menschenrechtssituation von Lesben oder Schwulen in die laufende Förderung der Menschenrechtserziehung im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit einbezogen?
  - a) Wenn ja, in welcher Form, durch welche Projekte und gegenüber welchen Ländern geschieht das?
  - b) Wenn nein, warum geschieht das nicht?
19. Gibt es unter den Menschenrechtsaktivitäten, die aus dem Haushalt des Auswärtigen Amtes (Einzelplan 05) finanziell unterstützt werden, auch solche, die sich um die Verbesserung der Menschenrechtssituation von Schwulen oder Lesben bemühen, und wenn ja, um welche Aktivitäten oder Maßnahmen handelt es sich im einzelnen?
20. Waren unter den von der Bundesregierung in den letzten drei Jahren finanziell unterstützt Tagungen, Kongressen und Seminaren von freien Trägern zum Themenbereich „Menschen- und Grundrechte“ auch solche, die die Menschen- und Grundrechtssituation von Lesben oder Schwulen zum Gegen-

stand hatten, und wenn ja, um welche Tagungen, Kongresse und Seminare handelte es sich dabei?

Bonn, den 19. Dezember 1997

**Volker Beck (Köln)**  
**Rita Griebhaber**  
**Amke Dietert-Scheuer**  
**Waltraud Schoppe**  
**Ludger Volmer**  
**Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn)**  
**Gila Altmann (Aurich)**  
**Angelika Beer**  
**Franziska Eichstädt-Bohlig**  
**Andrea Fischer (Berlin)**  
**Gerald Häfner**  
**Antje Hermenau**  
**Ulrike Höfken**  
**Monika Knoche**  
**Dr. Angelika Köster-Loßack**  
**Steffi Lemke**  
**Dr. Helmut Lippelt**  
**Egbert Nitsch (Rendsburg)**  
**Dr. Jürgen Rochlitz**  
**Irmingard Schewe-Gerigk**  
**Wolfgang Schmitt (Langenfeld)**  
**Marina Steindor**  
**Christian Sterzing**  
**Manfred Such**  
**Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion**





